

Editorial

Zwischen den Kreistagen vom 28. Juni und vom 11. Oktober erregte die Absicht der Kreisverwaltung größere Aufmerksamkeit, die Turnhalle des Oberstufenzentrums (OSZ) in Palmnicken zur Unterbringung zu nutzen. Am 10. Juli demonstrierten Schülerinnen und Schüler für die Sicherstellung ihres Unterrichts. Da war eingetreten, was zu befürchten war: Es zeichnete sich eine Überforderung des Landkreises ab, die aus der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes zur Unterbringung zugewiesenen Personen in den vorhandenen Unterkünften unterzubringen. Als Notlösung sollte die Turnhalle am OSZ her. Das hätte den Vorteil gehabt, alles in Zuständigkeit der OSZ managen zu können, denn das OSZ befindet sich in der Trägerschaft des Landkreises. Probleme bereitete dabei freilich, dass damit nicht nur der reguläre Schulbetrieb in Mitleidenschaft gezogen worden wäre,

sondern auch die kurz bevorstehenden Prüfungen. Dagegen regte sich berechtigter Unmut. Die Wirkungen fanden noch im Kreistag am 11. Oktober ihren Niederschlag.

Die Folgen der Finanzierung des Krieges in der Ukraine machten sich im Sommer auch bei der Vorbereitung des Kreishaushaltes für das Jahr 2024 bemerkbar: Es sind Kürzungen angesagt. Nachdem die Kreisverwaltung am 1. Juli in einer Klausur des Finanzausschusses einen ersten Überblick über die anstehenden Probleme gegeben hatte, meldeten sich die Fraktionen von CDU, BVB/Freie Wähler, FDP/BJA/BVFO mit einer Beschlussvorlage zu Wort, die die Kreisverwaltung zu Kürzungen bei den sogenannten „freiwilligen Leistungen“ – wie u.a. der Schulsozialarbeit – veranlassen wollte. Diese Vorlage war inhaltlich widersprüchlich und einer der Einbringer distanzierte

sich in den anschließenden Diskussionen dann selbst von Punkten, die er vorher unterschrieben hatte. Auf Einzelheiten gehen wir im Bericht über den Kreistag vom 11. Oktober ein.

Es reicht nicht aus, die Folgen des Krieges zu bekämpfen. Es braucht den Kampf für den Frieden, gegen den Kurs der Hochrüstung und Militarisierung. Das kann auch die Kommunen entlasten. Auch deshalb habe ich den Aufruf für die Kundgebung und Demonstration „Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten“ am 25. November 2023 unterschrieben. Der Text dieses Aufrufs findet sich in diesem Infoblatt. Ich bitte alle Leserinnen und Leser, zur Unterstützung des Aufrufs den angegebenen Link zu nutzen.

*Dr. Artur Pech
Fraktionsvorsitzender*

Der Kreistag am 11. Oktober 2023

In diesem Kreistag hatte der neu gewählte Landrat Frank Steffen in dieser Funktion seine Premiere.

Und er musste mit einem Thema einsteigen, dass gegenwärtig viele Menschen, die sogenannte „große“ aber auch die Kommunalpolitik umtreibt: Die Unterbringung Geflüchteter im Landkreis.

Die Unterbringungsfrage

Nach dem Stand zum Zeitpunkt des Kreistages hatte der Landkreis bei einem Aufnahmesoll von 1214 Personen für das Jahr 2023 817 Aufnahmen realisiert, 397 Aufnahmen standen noch aus.

Der Landrat referierte auch über die gleichentags durchgeführte Beratung der Landesregierung mit den Landräten und Oberbürgermeistern des Landes Brandenburg. Da drehte es sich einerseits um Finanzierungsforderungen an Bund und Land und andererseits um restriktive Maßnahmen zur Abwehr

von Migration und im Umgang mit davon betroffenen Menschen. Im Kreistag am 11. Oktober wurde er noch zweimal sichtbar. Da war einmal die „Drucksache 037/2023 Eilentscheidung nach § 58 der Kommunalverfassung Brandenburg (BbgKVerf) Zur Sicherung der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen“, in der es hieß:

„Zur Sicherung der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen stimmt der Kreistag folgenden außerplanmäßigen Ausgaben im Jahr 2023 zu:

- *Ertüchtigung ‚Haus Hoffnung‘, Lange-wahler Straße 57, Fürstenwalde Bedarf 400.000 Euro*
- *Herrichtung Haus 4 Flüchtlingsunterkunft ‚Am Fuchsbau‘ 10, Bad Saarow, OT Petersdorf Bedarf 350.000 Euro*
- *Schaffung baulicher Voraussetzungen für die Aufstellung von Containern als Flüchtlingsunterkünfte ‚Am Fuchsbau‘*

10 Bad Saarow, OT Petersdorf Bedarf 700.000 Euro.“

Diesem Gesamtvolumen außerplanmäßiger Ausgaben in Höhe von 1,45 Mio. € stimmte der Kreistag zu, wobei hier auch Mittel vom Land zu erwarten sind, die dann durch den Haushalt fließen.

Darüber hinaus gab es noch die Vorlage unserer Fraktion **„Errichtung von Unterkünften für die Unterbringung von dem Landkreis zugewiesenen geflüchteten Personen in Schöneiche bei Berlin“**. An diesem Beispiel wird das ganze Dilemma nicht nur der „großen“ Politik, sondern auch der Kommunalpolitik mit dem Problem deutlich.

Schon Anfang 2021 war die Verwaltung mit dem „Grundsatzbeschluss für die Errichtung von ca. 65 Wohnungen für sozial Bedürftige und Geflüchtete in der Gemeinde Schöneiche bei Berlin“ mit der weiteren Planung und Vorbe-

reitung der Errichtung von ca. 65 Wohnungen für sozial Bedürftige und Geflüchtete nach Landesaufnahmegesetz in der Gemeinde Schöneiche bei Berlin beauftragt worden. Dem folgte im Dezember 2021 der Baubeschluss für 60 Wohnungen. Die Verwaltung war also zur Durchführung von Kreistagsbeschlüssen in der Pflicht. Passiert ist danach aber praktisch nichts. Damit sich das ändert, hatten wir diesen Antrag eingebracht. Das war konstruktiv gemeint, denn genauso hätten wir der Verwaltung Untätigkeit bei der Umsetzung von Kreistagsbeschlüssen vorwerfen können.

Auslöser für unseren Antrag waren auch die Proteste von Schülerinnen und Schülern des OSZ Palmnicken gegen die Einschränkungen ihres Sportunterrichts im Zuge der beabsichtigten Vorbereitung ihrer Sporthalle für die Unterbringung.

Es kann nicht sein, dass auf die Dauer Notlösungen zum Prinzip und vorsorgende Maßnahmen für verzichtbar erklärt werden. Das fördert ganz praktisch auch Fremdenfeindlichkeit.

Am 11. Oktober wurde nun aber deutlich: Nach dem gegenwärtigen Stand soll auch im Jahr 2024 nichts passieren. Unser Antrag ist also nötig

- auch wenn er „nur“ darauf hinausläuft, dass die Verwaltung seit langem gültige Beschlüsse endlich erfüllen soll. Der Antrag wurde in die Ausschüsse verwiesen. Nun wird er im Dezember - gemeinsam mit der Beschlussfassung über den Haushalt für das Jahr 2024 - wieder auf der Tagesordnung stehen, ziemlich genau zwei Jahre, nachdem der Kreistag die Verwaltung damit beauftragt hatte. Wir werden sehen, wie das vom Landrat angekündigte Konzept für die Unterbringung dann aussieht.

Die Finanzfrage

Auch wenn gegenwärtig in den Medien und von interessierten Kreisen der Politik die Erzählung verbreitet wird, die sozialen Probleme im Lande hätten mit der Finanzierung des Krieges in der Ukraine nichts zu tun - die Wirkungen dieses Krieges holen auch die Kommunalfinanzen ein.

Der Bundestag soll nach der Vorlage der Bundesregierung Anfang Dezember einen Haushalt für das Jahr 2024 beschließen, in dem umfassende Kürzungen in sozialen und die Kommunen betreffenden Bereichen mit einer drastischen Erhöhung der Rüstungsausgaben verbunden sind. Die immer weiter eskalierende Kriegführung in der Ukraine

soll bezahlt werden. Die Waffenlieferungen kosten schließlich. Das wirkt auch auf den Kreishaushalt. Damit zeichnet sich für 2024 ein Defizit ab.

In dieser Lage kam nun ein Antrag der Fraktionen von CDU, FDP/BJA/BVFO und BVB/Freie Wähler, in dem die Ideen entwickelt wurden:

- a. Der Kreisstrukturfond wird entsprechend für das Haushaltsjahr 2024 reduziert
- b. Der Zuschuss für die Sozialarbeiter an Grundschulen der Kommunen soll auf 600.000 Euro begrenzt werden.
- c. Der Neubau der Schulen in Erkner und Schöneiche wird auf die notwendigen Standards reduziert.
- d. Der Fuhrpark der Kreisverwaltung soll bei den Pkws auf 50 Prozent des zurzeit bestehenden Bestandes kontinuierlich reduziert werden.
- e. Die freiwilligen Projekte des Kreisentwicklungsamtes sind einzuschränken.
- f. Der Neubau der Kreisstraßen ist für 2 bis 3 Jahre auszusetzen.
- g. Erarbeitung eines Personalentwicklungsplanes

Wer sich mit den einzelnen Sachverhalten näher beschäftigt, erkennt sehr bald die vielen Pferdefüße.

Danke Mechthild!

Am 24. September kam es im Friedenshaus Eisenhüttenstadt zu einer eindrucksvollen Begegnung.

Mechthild Tschierschky, die gute Seele des Friedenshauses, beging ihren 85. Geburtstag mit einem Rückblick auf die Jahrzehnte ihrer Arbeit für das Friedenshaus, für den Frieden. Dazu gehörten die Jahre unserer gemeinsamen Arbeit im Kreistag des Landkreises Oder-Spree.

Auch da war sie sehr sichtbar mit der Friedenstaube unterwegs. Da ging es ihr nie um irgendwelche „Alleinstellungsmerkmale“ oder oberflächliche Effekthascherei. Es ging und geht um den Frieden.

Dafür Mechthild, für Deinen Einfallsreichtum und Dein Engagement einen herzlichen Dank.

Dir wünsche ich noch eine schöne Zeit und uns allen, dass es uns angesichts des Krieges in der Ukraine mit der Mehrheit auch in unserem Lande gelingen möge, dem Auftrag gerecht zu werden, der in der Mahnung von Bertolt Brecht enthalten ist:

„Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie vorbereiten, nicht die Hände gebunden werden.“

Dr. Artur Pech, Fraktionsvorsitzender



Dr. Artur Pech (links) gratuliert Mechthild Tschierschky.

Beispielhaft seien genannt:

- Die Reduzierung des Kreisstrukturfonds würde bedeuten, dass der Landkreis seine Unterstützung für die finanzschwachen Kommunen zurückfährt. Das ist das alte Prinzip, dass die Schwächsten in der Krise zuerst bluten sollen. In der Beschlussfassung für den Kreisstrukturfond hatte es noch geheißen, er sei „ein wichtiges politisches Signal, dass der Landkreis sich mit seinen Kommunen solidarisiert“. Damit soll jetzt Schluss sein.
- Die Begrenzung des Zuschusses für die Sozialarbeiter an Grundschulen im Landkreis würde formal bedeuten, dass der Landkreis vertraglich

eingegangene Verpflichtungen nicht mehr erfüllt. In der Sache ist das ein Sparvorschlag zu Lasten der Kinder an den Grundschulen, an denen sich aus vielen Gründen der Problemdruck weiter erhöht hat.

- Die Reduzierung der Standards im Schulneubau würde bedeuten, dass über die gesetzlichen Normative hinausgehende Selbstverpflichtungen des Landkreises im Bereich Klima und Energie nicht mehr erfüllt werden sollen.
- Den Fahrzeugbestand pauschal ohne Bedarfsprüfung zu halbieren ist weitgehend sinnfrei und liefe darauf hinaus die flächendeckende Arbeit der Verwaltung in einem Land-

kreis nicht mehr der Sache nach auszuführen.

- Die freiwilligen Projekte des Kreisentwicklungsamtes einzuschränken würde bedeuten, u.a. auf Projekte des öffentlichen Personennahverkehrs oder die im Interesse der kreisangehörigen Städte und Gemeinden vom Landkreis übernommenen Aufgaben beim Ausbau des schnellen Internet einzuschränken.

Der Kreistag hat diesen Antrag erst einmal in die Ausschüsse verwiesen. Es bleibt abzuwarten, was davon im Dezember beschlossen wird. Unsere Fraktion ist für ein solches Herangehen an die Haushaltsplanung nicht zu haben.

50 Jahre Putsch in Chile – brennend aktuell

„Chile – 50 Jahre nach dem Militärputsch. Ein Volk ohne Erinnerung ist ein Volk ohne Zukunft“. Das war am 30. September das Motto einer Konferenz der Linksfraktion im Europäischen Parlament.

Ich bin aus drei Gründen hingefahren. Da ist zuerst die Solidarität mit Menschen, die sich gegen unsägliche Ausbeutung und Unterdrückung aufgelehnt hatten. Damals hatte ich mitgefiebert und mich vor und nach dem Putsch an der Solidarität für die Unidad Popular beteiligt.

Und dann hatte ich Fragen: Eine demokratisch gewählte Regierung wurde durch einen Putsch gestürzt. Was muss passieren, um eine solche Entwicklung zu verhindern?

Und schließlich: Wir erleben heute auch hierzulande eine Rechtsentwicklung, der Widerstand entgegengesetzt werden muss. Was lässt sich aus der Geschichte lernen?

Und gerade deshalb schreibe ich jetzt darüber.

Carmen Herz, kommunistische Vizepräsidentin einer Kammer des chilenischen Parlaments kam in ihrer Rede auf Parallelen zwischen dem Putsch in Chile und dem Franco-Putsch in Spanien zu sprechen. Sie dachte da an die Entwicklung, die zu den beiden Putschen, die in den Faschismus führte.

Mir kam darüber hinaus eine zweite Ähnlichkeit in den Sinn: In Spanien ist der Faschismus gewissermaßen im Bett



Carmen Herz,

Foto: Linksfraktion im Europaparlament

gestorben. In Chile hatte sich nach der Etablierung eines neoliberalen Regimes seine Funktion erledigt. Und in beiden Fällen blieben die Mörder straflos. Das ist schon ein Unterschied zu Deutschland. Hier wurde der Faschismus zerschlagen und mindestens die Hauptkriegsverbrecher vor Gericht gestellt. Die Bundesrepublik Deutschland tat sich in der Folge damit aber schwer. Sie brauchte ja – wie es hieß – die aus dem Faschismus kommenden Fachleute, um sich zu etablieren.

Die Teilnehmer der Konferenz hörten zu Beginn stehend noch einmal die

letzte Rede von Salvador Allende – gehalten, als der Präsidentenpalast schon bombardiert wurde.

Ich hatte diese Rede zum ersten Mal im Oktober 1973 gelesen. „Es lebe Chile! Es lebe das Volk! Es leben die Werktätigen! Dies sind meine letzten Worte. Ich habe die Gewißheit, daß mein Opfer nicht umsonst sein wird. Ich habe die Gewißheit, daß es zumindest eine moralische Lektion sein wird, die die Feigheit und den Verrat strafen wird.“ (*Neues Deutschland*, 1. Oktober 1973, S. 2)

Dieser Verrat, diese Verbrechen lassen sich in Chile so wenig auf Pinochet personifizieren, wie in Spanien auf Franco oder in Deutschland auf Hitler. Ohne die Antwort auf die Frage, warum die Maschinerie, die diese Figuren anführten, funktionierte, werden wir nicht auskommen. Und noch weniger ohne die Frage, wessen Interessen sie bedienten. In Chile nicht ohne den heute noch umtriebigen Kissinger, in Spanien nicht ohne die Waffenhilfe der deutschen und italienischen Faschisten und in Deutschland nicht ohne den Auftritt von Hitler vor dem Industrie-Club Düsseldorf, in dem er den dort versammelten Repräsentanten des deutschen Großkapitals „aus der Seele gesprochen hat.“ (Zit. n. Karsten Heinz Schönbach: *Die deutschen Konzerne und Nationalsozialismus 1926-1943*. Berlin 2015, S. 23).

Daran ist heute zu denken, wenn es darum geht, die Rechtsentwicklung zu stoppen.

Chile - 50 years after the military coup

26. September 9h30 - 12h30

EP ASP 1G2 - EN-FR-DE-ES



Carmen Herz meinte, in einer Zeit des Neoliberalismus kann es keine Gleichheit der demokratischen Rechte geben, da werden unter dem Diktat der nationalen Sicherheit aus politischen Gegnern Feinde gemacht, die es zu eliminieren gilt.

Und ich füge hinzu: Die Frage stellt sich nicht nur für die neoliberale Spielart des Kapitalismus, sie stellt sich für den Kapitalismus. Für wen fordern wir Gerechtigkeit - für den Kapitalisten oder für die ausgebeuteten lohnabhängigen Beschäftigten? Noch präziser: Welches Maß der Ausbeutung wäre so gerecht, dass wir versprechen können, den Kapitalismus gerecht zu machen?

Mir fällt da wieder das geflügelte Wort des französischen Schriftstellers Anatole France ein: „Das Recht in seiner erhabenen Gleichheit verbietet es

den Armen wie den Reichen unter den Brücken zu schlafen, auf Straßen zu betreten und Brot zu stehlen.“

Das hat sich nicht erledigt. Dagegen muss auch aufstehen, wer heutzutage der Rechtsentwicklung im Lande begegnen will. Denn die Welt derer, die am Ende des Monats darüber nachdenken können, was sie mit dem übriggebliebenen Geld machen, sieht nicht nur anders aussondern unterscheidet sich schon gewaltig von der Welt derer, die schon weit vor dem Monatsende ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können.

Um auf das chilenische Beispiel zurückzukommen: Am 16. Januar 1973 berichtete das *Neue Deutschland*: „Bereits zwei Monate nach der Vereidigung der Volkseinheitsregierung 1970 gingen solche Schlagzeilen durch die Pres-

se: *Chile packt Problem der Unterernährung an. Täglich ein halber Liter Milch für die Kinder. Milch auch kostenlos für Schwangere und stillende Mütter. Stürmisch begrüßten die Chilenen damals diese erste, Millionen Bedürftigen helfende Maßnahme der Unidad-Popular-Regierung. Vielen Kindern rettete die tägliche Milchspende buchstäblich das Leben, bewahrte sie vor körperlicher und geistiger Verkümmern. Schon am Ende des ersten Jahres der Regierung der Unidad Popular war die Kindersterblichkeit, die in engem Zusammenhang mit der Unterernährung zu betrachten ist, um mehr als zehn Prozent gesunken.“*

Fanden es nicht alle gut, dass unter Allende die Kinder in der Schule Milch und Essen bekamen?

Nein! Am 15. Oktober 1973 wurde berichtet: „Keine kostenlose Milch mehr für Chiles Kinder“. Die dafür auf Profite verzichten mussten, standen auf der anderen Seite der Barrikade und die Putschisten besorgten ihr Geschäft.

Und denen muss die Möglichkeit genommen werden, dagegen zu putschen. Auf die trügerische Hoffnung, die Geschäftsbesorger des Kapitals würden sich verfassungstreu an die Gesetze halten, wusste Friedrich Engels schon 1891 - damals auf Deutschland bezogen - die Antwort:

„Viel näher liegt die Frage, ob es nicht grade die Bourgeois und ihre Regierung sind, die Gesetz und Recht verletzen werden, um uns durch die Gewalt zu zermalmen?“

Nicht zu vergessen auch, was Karl Marx in Band I des „Kapital“ (MEW Bd. 23 S. 788) zitierte:

„Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“

Das ist dem Kapital, das ist den Kapitalisten nicht auszureden. Sie daran zu hindern braucht es Gegenmacht. Die zu entwickeln muss Aufgabe linker Politik sein und nicht die Frage, ob denn Unhöflichkeit ein sinnvolles Instrument des Antifaschismus ist.

Zur Antikriegsdemonstration am 25.11.2023 in Berlin rufen auf:

Friedrich Bernd Albers, Emden Betriebsrat IG Metall **Ali Al-Dailami**, Gießen, Mitglied des Bundestags **Dr. Franz Alt**, Baden-Baden, ehem. Mitglied der CDU **Michael Altmann**, Frankfurt/Main, ver.di Hessen **Nick Papak Amoozegar**, Fulda, Mitglied geschäftsführender Landesvorstand Die LINKE Hessen **Dr. Dietmar Bartsch**, Rostock, Mitglied des Bundestags Die LINKE **Rolf Becker**, Hamburg, Schauspieler, ver.di, OVV **Anke Beins**, ehem. Personalrätin ver.di **Rüdiger Beins**, ehem. Betriebsrat ver.di **Jochem Berendsohn**, Hannover, ehem. Betriebsratsvorsitzender ver.di **Norbert Birkwald**, Mörfelden, VVN-BdA Landessprecher Hessen **Christina Böttcher**, Hannover, Erzieherin **Manfred Böttcher**, Hannover, ehem. Gewerkschaftssekretär **Prof. Dr. Ulrich Brand**, Wien, Sozialwissenschaftler **Britta Brandau**, Frankfurt/Main, Mitglied ver.di Gewerkschaftsrat **Prof. Dr. Peter Brandt**, Berlin, Historiker **Dr. Michael Brie**, Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung **Ulrich Brinkmann**, Kassel, Sozialwissenschaftler **Klaus Brülls**, Herzogenrath, ehem. Geschäftsführer des DGB Bildungswerk NRW **Dr. Carolin Butterwegge**, Köln, Sozialwissenschaftlerin **Prof. Dr. Christoph Butterwegge**, Köln, Sozialwissenschaftler **Hayri Çakır**, Düsseldorf, Betriebsrat Deutsche Post **Sevim Dağdelen**, Bochum, Mitglied des Bundestags **Daniela Dahn**, Berlin, Schriftstellerin **Fabio De Masi**, Hamburg, Ökonom **Özlem Demirel**, Düsseldorf, Mitglied des Europäischen Parlaments Die LINKE **Renan Demirkan**, Windeck, Schriftstellerin, Schauspielerin **Werner Dreibus**, Wagenfeld, ehem. Mitglied des Bundestags Die LINKE **Michael Dunst**, Hannover, ver.di Bildungswerk **Katja Ebstein**, München, Sängerin **Ulrike Eifler**, Würzburg, Gewerkschaftssekretärin **Sefariye Ekşi**, Köln, DIDF Bundesvorsitzende **Michael Frank**, Hildesheim, ehem. Gewerkschaftssekretär ver.di **Peter Franke**, Berlin, West-Ost-Gesellschaft **Bruni Freyisen**, Frankfurt/Main, Stadtführerin, Senior:innen AK IG Metall **Prof. Dr. Hajo Funke**, Berlin, Politikwissenschaftler **Wolfgang Gehrcke**, Berlin, ehem. Mitglied des Bundestags Die LINKE **Silvia Gingold**, Kassel, VVN-BdA Hessen **Horst Gobrecht**, Darmstadt, Gewerkschaftssekretär ver.di **Susanne Gondermann**, Hamburg, GEW-HV, Vorsitzende BFG Gesamtschulen **Stephan Gorol**, Berlin, Kulturmanager, Producer **Harri Grünberg**, Berlin, Aufstehen Trägerkreis e.V. **Joachim Guilliard**, Heidelberg, Friedensbündnis Heidelberg **Dr. Markus Gunzel**, Hamburg, Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V. **Dr. Gregor Gysi**, Berlin, Mit-

glied des Bundestags Die LINKE **Rita Hagemann**, Mannheim **Norbert Heckl**, Stuttgart Stellv. Vorsitzender ver.di Stuttgart **Barbara Heller**, Bremen, Bremer Friedensforum **Hans-Jürgen Hinzer**, Frankfurt/Main, ehem. Gewerkschaftssekretär NGG **Manfred Hinzer**, Nürnberg, ehem. Betriebsratsvorsitzender Datev **Elisabeth Hinzer**, Nürnberg, ehem. Betriebsrätin **Prof. Dr. Martin Höpner**, Köln, Politikwissenschaftler **Andrej Hunko**, Aachen, Mitglied des Bundestags **Otto Jäckel**, Wiesbaden, Rechtsanwalt, IALANA **Matthias Jochheim**, Frankfurt/Main, IPPNW Frankfurt **Dr. Margot Käßmann**, Hannover, ehem. Ratsvorsitzende der EKD **Kerstin Kaiser**, Strausberg, Slawistin, Die LINKE **Alexander King**, Berlin, Mitglied Abgeordnetenhaus Berlin **Christa Knauß**, Hannover, ehem. Vorsitzende Richterin Landesarbeitsgericht Niedersachsen **Monika Koops**, Hamburg, AK Frieden ver.di Hamburg **Detlef Kunkel**, Braunschweig, ehem. 1. Bevollmächtigter IG Metall Braunschweig **Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz**, Köln, Journalistin Gotthard Krupp, Berlin, ver.di Berlin-Brandenburg **Oskar Lafontaine**, Merzig, ehem. Mitglied des Bundestags **Richard Lauenstein**, Lehrte, Diplompädagoge, ehem. Gewerkschaftssekretär **Ekkehard Lentz**, Bremen, Bremer Friedensforum **Christian Leye**, Duisburg, Mitglied des Bundestags **Dr. Marianne Linke**, Stralsund, Agrarmeteorologin **Prof. Dr. Birgit Mahnkopf**, Berlin, Sozialwissenschaftlerin **Georgios Margaritis**, Wuppertal, ver.di Rhein Wupper **Herbert Markus**, Maisach, Eine-Welt-Zentrum **Prof. Dr. Rainer Mausfeld**, Kiel, Hochschullehrer **Hartmut Meine**, Hannover, ehem. Bezirksleiter Niedersachsen und Sachsen-Anhalt IG Metall **Ilona Meyer**, Hamburg, ver.di Senioren Hamburg **Ulrich Meyer**, Hamburg, ver.di Senioren Hamburg **Dominik Mikhailkevich**, Brandenburg, Bündnis Frieden Brandenburg **Pablo Miró**, Berlin, argentinisch deutscher Songwriter **Dr. Hans Misselwitz**, Berlin, Staatssekretär a.D. **Ruth Misselwitz**, Berlin, Pfarrerin **Amira Mohamed Ali**, Oldenburg, Mitglied des Bundestags **Žaklin Nastić**, Hamburg, Mitglied des Bundestags **Julia Neigel**, Ludwigshafen, Musikerin, Sängerin **Kathrin Otte**, Amelinghausen, Was tun?! Ko-Kreis **Prof. Dr. Norman Paech**, Hamburg, Prof. i.R. für öffentliches Recht Uni Hamburg, ehem. Mitglied des Bundestags **Dr. Artur Pech**, Schöneiche, Ältestenrat DIE LINKE **Sören Pellmann**, Leipzig, Mitglied des Bundestags Die LINKE **Mehmet Perişan**, Köln, Betriebsrat Hochtief Infrastructure **Burhan Perişan**, Merkenich, Betriebsrat **Jürgen Peters**, Offenbach, ehem. 1. Vorsitzender IG Metall **Klaus Pickshaus**, Frankfurt/Main, ehem. Gewerkschaftssekretär IG Metall **Christiane Reymann**, Berlin, Pu-

blizistin **Anne Rieger**, Graz, ehem. Bevollmächtigte IG Metall **Rainer Rilling**, Marburg Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler **Heinrich Röder** **Wiltrud Rösch-Metzler**, Stuttgart, Pax Christi **Jürgen Rose**, München, Oberstleutnant a. D., Darmstädter Signal **Prof. Dr. Werner Ruf**, Edermünde, Politikwissenschaftler **Jens Schäfer**, Hannover, Betriebsratsvorsitzender Hannover IG Metall **Hannelore Schmitt-henner-Bopp**, Niedernhausen, ehem. Betriebsratsmitglied IG Metall **Horst Schmitt-henner**, Niedernhausen, ehem. Vorstandsmitglied IG Metall **Joachim Schubert**, Mannheim, ehem. Betriebsrat **Roland Schuster**, Mannheim, ehem. Betriebsrat IG Metall **Helga Schwitzer**, Hannover, ehem. Vorstandsmitglied IG Metall **Prof. Dr. Franz Segbers**, Konstanz, Prof. i.R. für Sozialethik Uni Marburg **Werner Siebler**, Freiburg, Vorsitzender DGB Stadtverband Freiburg **Ekkehard Sieker**, Köln, Wissenschaftsjournalist **Peter Sörgel**, Bremen, ehem. Betriebsratsvorsitzender, ehem. Mitglied Bremische Bürgerschaft **Dr. Ingar Solty**, Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung **Dr. Joachim Spangenberg**, Köln, Biologe/Ökonom **Eva Stassek**, Braunschweig, ehem. Bevollmächtigte IG Metall Braunschweig **Paul Steinhardt**, Wiesbaden, Geschäftsführer „Makroskop“ **Prof. Dr. Wolfgang Streeck**, Köln, Sozialwissenschaftler **Haydar Toktaş**, Düsseldorf, Betriebsrat DLG **Ceyda Tutan**, Ulm, Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V. **Manfred Ullrich**, Dortmund, ehem. Gewerkschaftssekretär **Gerald Unger**, Ludwigshafen, DIE LINKE Ludwigshafen **Dr. Michael von der Schulenburg**, Wien, Diplomat **Hans-Christof von Sponeck**, Baden-Baden, Diplomat **Hannes Wader**, Bielefeld, Liedermacher und Musiker **Dr. Sahra Wagenknecht**, Merzig, Mitglied des Bundestags **Dr. Alexandra Wagner**, Berlin, Sozialwissenschaftlerin **Heinz Hermann Witte**, Hannover, ehem. DGB-Vorsitzender Niedersachsen **Ayhan Zeytin**, Bremen, Betriebsrat ArcelorMittal **Burkhard Zimmermann**, Berlin, Geschäftsführer **Dirk Zöllner**, Berlin, Musiker, Sänger.

Weitere Unterstützung ist erbeten unter:
<https://nie-wieder-krieg.org/>

Impressum

Linke Politik im Kreistag Oder-Spree -
Informationen der Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Oder-Spree;
V.i.S.d.P.: Dr. Artur Pech, Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE, E-Mail:
kreistagsfraktion@dielinke-oder-spree.de;
Druck: SAXOPRINT GmbH, 01277 Dresden;
Redaktionsschluss: 26. Oktober 2023;
Auflage: 500 Exemplare;
Autor aller nicht namentlich gekennzeichneten
Beiträge dieser Ausgabe: Dr. Artur Pech

Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten

21 Kriege und 216 bewaffnete militärische Auseinandersetzungen bedrohen aktuell die Welt (Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung HIIK). Die Gefahr einer Ausweitung des Krieges in der Ukraine bis hin zu einem Atomkrieg wächst von Tag zu Tag. Täglich sterben unschuldige Menschen. Wir sind besorgt um unsere Zukunft, die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Wir brauchen eine Kultur des Friedens und eine gemeinsame Sicherheit.

Anstatt auf Deeskalation und Diplomatie zu setzen, liefert die Bundesregierung immer mehr Waffen und rüstet massiv auf. Große Teile der Politik und Medien militarisieren die Gesellschaft. Erstmals wird Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel (nach NATO-Kriterien) erreichen. Mit 85,5 Milliarden Euro sind die Militärausgaben 2024 die größten seit Bestehen der Bundesrepublik. Das Gesundheitswesen, die Infrastruktur, Unterstützung für Kinder und bezahlbare Mieten, Bildung, Wissenschaft und Ausbildung sind dagegen durch dramatische Mittelkürzungen bedroht. Für immer mehr Menschen zeichnet sich eine soziale und ökonomische Katastrophe ab.

Dazu tragen in erheblichem Maße auch die Sanktionen gegen Russland bei, die die Menschen im globalen Süden, in Europa und in Deutschland treffen: Inflation, gestiegene Energie- und Lebensmittelpreise sowie Reallohnverlust treffen die Bevölkerungen, vor allem deren ärmere Teile, und gefährden die industrielle Entwicklung auch in unserem Land. Im globalen Süden drohen Hungerkrisen, weil Getreide, Mais, Pflanzenöl und Düngemittel nicht mehr ankommen und die Preise massiv gestiegen sind.

Es ist höchste Zeit für eine Friedenspolitik in der Ukraine, in Europa und

weltweit. Im Vorfeld des Krieges in der Ukraine wurden Warnungen ignoriert und Lehren zur Kriegsvermeidung missachtet. Wir müssen die Rutschbahn in Richtung 3. Weltkrieg und in ein soziales, ökonomisches und ökologisches Desaster stoppen. „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“ (Willy Brandt) Nur im Frieden und nur durch gemeinsame globale Anstrengungen sind soziale Entwicklung, Schutz von Klima und Natur und eine lebenswerte Zukunft für alle möglich.

Wir verurteilen den russischen Einmarsch vom 24. 2. 2022 in die Ukraine. Ebenso verurteilen wir auch die vorangegangenen Vertragsbrüche und nicht eingehaltenen Zusagen der NATO-Staaten.

Die ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität. Ein Waffen-

stillstand und Verhandlungen zur Beendigung des Krieges statt einer weiteren Eskalation sind in ihrem Interesse. Das Töten und Blutvergießen und die Zerstörung des Landes und der Umwelt müssen umgehend gestoppt werden. Verhandlungslösungen und Pläne liegen auf dem Tisch. Verhandeln heißt nicht kapitulieren, sondern Lösungen für komplizierte Herausforderungen finden!

Es gibt keinen Grund, sich von der Entspannungspolitik zu distanzieren. Das Versagen liegt vielmehr darin, dass sie 1990 nicht zur Leitidee des neuen Europas weiterentwickelt wurde. Wir treten ein für eine neue Entspannungspolitik und für Rüstungskontrolle und Abrüstung.

- Die Waffen müssen schweigen. Verhandlungen und Diplomatie sind das Gebot der Stunde.
- Waffenexporte und Eskalationspolitik verschärfen Kriege und Krisen und verlängern sie.
- Abrüstung! Ausgaben für das Militär senken, Milliarden in soziale Ausgaben investieren.

Wir wollen eine soziale, ökologische und demokratische Bundesrepublik Deutschland als Teil einer gerechten Weltordnung ohne Krieg, Hunger und Ausbeutung.

Es ist Zeit, dass wir Bürgerinnen und Bürger uns wieder stärker in die politischen Auseinandersetzungen einmischen. Deshalb rufen wir auf, am 25. 11. – am

Samstag vor der Verabschiedung des Bundeshaushaltes – gemeinsam für Frieden und Abrüstung, Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine und Friedensverhandlungen zu demonstrieren.

Initiiert von der „Ukraine Initiative – die Waffen nieder“: Yusuf As, Reiner Braun, Wiebke Diehl, Andreas Grünwald, Claudia Haydt, Rita Heinrich, Jutta Kausch-Henken, Ralf Krämer, Willi van Ooyen, Christof Ostheimer, Hanna Rothe, Peter Wahl.

Weitere Aufrufer: siehe Seite 5.



Wir fordern von der Bundesregierung ein Ende der ungehemmten Aufrüstung sowie eine sofortige Vermittlung für Waffenstillstand und Frie-